



ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST



SZÉCHENYI TERV

**DONAU-INSTITUT**

FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST

# Donau-Institut Working Papers

Mag. Daniel Lehner, M.A.

## Egalitäre Ausgangssituationen schaffen – zur Demokratisierung „postdemokratischer“ Zustände

Donau-Institut Working Paper No. 21

2013

ISSN 2063-8191

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség  
www.ujszechenyiterv.gov.hu  
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió  
támogatásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

**Mag. Daniel Lehner, M.A.**

*Egalitäre Ausgangssituationen schaffen – zur Demokratisierung „postdemokratischer“ Zustände*

Donau-Institut Working Paper No. 21

2013

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's adress and affiliation:

*Mag. Daniel Lehner, M.A.*

Doktorand / Andrassy Universität Budapest

E-Mail: [daniel.lehner@univie.ac.at](mailto:daniel.lehner@univie.ac.at)

© by the authors

## Abstract\*

Die Frage nach der Demokratie, ihren Eigenschaften, Widersprüchen und Problemen wird aktuell von verschiedenen Seiten thematisiert: Während akademische Analysen über den Begriff der Postdemokratie einen Verfall und Substanzverlust westlich-liberaler Demokratien ausmachen wollen, greifen diverse politische Proteste in Afrika und Europa seit 2011 verstärkt auf den Demokratiebegriff zurück, um gegen ihre Regierungen das demokratische Versprechen nach einer anderen, egalitäreren Ausgestaltung des Sozialen zu mobilisieren. Dieser demokratietheoretische Beitrag greift jene Debatten und Praktiken auf und versucht vor allem mit Hilfe der Denkfiguren von Chantal Mouffe und Jacques Rancière ein praxistheoretisches Konzept demokratischer Subjektivierung vorzuschlagen, das der Normativität der demokratischen Idee – egalitäre Teilhabe aller – gerecht werden kann: Diese zu formulierende Konzeption einer demokratisierenden Prozedur wird sich begrifflich zwischen einem ereignishaften Bruch mit einer herrschaftsförmigen Konfiguration des Sozialen – der gemeinsamen Schaffung egalitärer Ausgangssituationen – und den anschließenden Versuchen, dieses Momentum praktisch zu institutionalisieren, aufspannen. Demokratische Praxis ist in diesem Sinne die demokratisierende Transformation von sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen entlang von Gleichheit.

**Keywords:** Demokratietheorie, Gleichheit, Postdemokratie, Praxistheorie

---

\* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

## Inhalt

1. Demokratie: Erwartungsüberfrachtung oder konstitutive Unabgeschlossenheit? .....	1
2. Demokratie in der Krise .....	6
3. Zur theoretischen Praxis der Demokratietheorie .....	10
4. Entleerung und Abwesenheit – die postdemokratische Verfallsthese .....	11
4.1 Colin Crouch – Vielstimmige Zivilgesellschaft gegen elitäres Spektakel.....	12
4.2 Chantal Mouffe – Agonale Konflikte gegen den „expertokratischen“ Konsens .....	14
4.3 Jacques Rancière – Singuläre Selbstermächtigungen gegen konsensuelle Kapitalverwaltung	16
4.4 Zusammenfassung und Verdichtung .....	19
5. Egalitäre Ausgangssituationen konstituieren – ein Konzept demokratisierender Praktiken .....	21
Literatur .....	27

## 1. Demokratie: Erwartungsüberfrachtung oder konstitutive Unabgeschlossenheit?

Ende April erschien unter dem Titel „Die Verdrossenen und die Empörten. Steht die Demokratie am Scheideweg?“ in der NZZ ein Kommentar von Herfried Münkler, welcher pointiert die aktuellen Probleme unserer demokratischen Prozesse beleuchtet. Um die Anerkennung der westlich-liberalen Demokratien stehe es nicht zum Besten: Einerseits würden zunehmend neue AkteurInnen ein Mehr an Demokratie einfordern, wobei BürgerInnenbeteiligung, „direkte“ Demokratie, Transparenz und Partizipation die Schlagwörter dieser Initiativen sind. Andererseits komme Demokratie durch die Argumentation westlicher Eliten unter Druck, die – mit Blick auf die ökonomisch prosperierende Diktatur Chinas – gegen eine Ausweitung solch demokratischer Verfahren sind, da diese zu einer „Blockadeherrschaft der Bedenkenträger“ führten. Die so von beiden Seiten unter Druck stehende, nationalstaatliche Demokratie operiere überdies unter veränderten Rahmenbedingungen (Globalisierung, Europäisierung, zunehmende Vermögensspreizung, etc.), die ihre Handlungsmacht einschränkten, wobei sie selbst aber nach wie vor als primärer Adressat von (demokratischen) Erwartungshaltungen der Bevölkerungen fungiere bzw. sich auch selbst so präsentiere. Das Ergebnis sei „eine sich schnell vergrößende Lücke zwischen Erwartungen und Fähigkeiten, und darüber wird die Erosion der Staatsmacht zur Krise der Demokratie.“ Das Problem sei nun gerade diese Erwartungsüberfrachtung: Die viel zitierten WutbürgerInnen seien wütend und die Empörten deshalb empört, weil sie sich zu viel insbesondere von der nationalstaatlich verfassten Demokratie erwarten. Münkler spricht von einer „normativen Überlastung“ der Demokratie, die regelmäßig zu Enttäuschung, Verdrossenheit und eben Wut führe. Deswegen sei „das Projekt der weiteren Demokratisierung der Demokratie riskant, wenn es diesen Erwartungen weiterhin frönt, anstatt sie abzubauen.“ Am gefährlichsten seien für Demokratie gerade jene, die *alles* von ihr erwarten würden. Stattdessen plädiert Münkler für eine gelassene und ruhige Betrachtung der Demokratie – als ein Verfahren, das konfligierende Interesse organisiert, auch Kompromisse finden lässt und unter der größtmöglichen Beteiligung der Betroffenen ablaufen solle (Münkler 2012).

Während Münkler angesichts anscheinend überzogener Erwartungen und veränderter Bedingungen für einen normativen Rückbau der demokratischen Idee eintritt und in diesem Sinn einem prozeduralen Realismus das Wort redet, argumentiert der folgende Beitrag für eine Gegenposition zu dieser „Entzauberung“ des Demokratiebegriffes. Wir können und sollen nicht – zusammenfassend gesagt – auf die normative Kraft des Demokratiebegriffes verzichten, weder im Feld der politischen Theorie noch in der Politik selbst. Politisch-emanzipatorische Praktiken

brauchen den Bezug auf eine Vorstellung einer demokratischeren Demokratie<sup>1</sup>, wobei erst die Differenz zwischen dieser Idee und deren Nicht-Verwirklichung jenen Raum öffnet, der die Kritik an diesen aktuellen Zuständen ermöglicht und zu deren Überwindung die politisch-emanzipatorischen Praktiken ja auch gleichzeitig antreten wollen: Ziel ist die Durch- und Umsetzung einer demokratischeren Gestaltung politischer Gegenwart. Wie sofort deutlich wird, besteht nun das Problem genau darin, was wir unter Demokratie verstehen bzw. was unter einem emanzipatorischen Demokratieverständnis verstanden werden kann (vgl. Kap. 5).

Normativität darf aber auch aus dem Bereich der politischen (Demokratie-)Theorie nicht ausgeklammert werden: Theoretische Praxis ist die Arbeit an und mit gegebenen Begriffen, Vorstellungen und Konzepten zur Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse (vgl. Althusser 2011: 206f.). In dem Sinne sind Demokratietheorien Produkte, die unter je konkreten sozialen und politischen Bedingungen formuliert und konzipiert werden (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 480). Das heißt nun für eine demokratietheoretische Praxis auch, dass sie der normativen Dimension der konkreten, demokratischen Praktiken von politischen AkteurInnen – d.h. den in diesen Praktiken artikulierten Forderungen bzw. dem sich darin bildenden Drang nach Verbindlichkeit und Institutionalisierung – gerecht werden muss. Da nun aber auf empirischer Ebene verschiedene politische AkteurInnen ihre jeweils spezifischen Demokratievorstellungen haben und diese auch durchsetzen wollen – d.h. als hegemoniale Norm installieren und absichern wollen –, muss eine Demokratietheorie zur Kenntnis nehmen, dass der Demokratiebegriff selbst wesentlich umstritten ist und auch nicht ein für alle Mal semantisch fixiert werden kann: „Jeder Versuch, einen bestimmten Bedeutungsgehalt von Demokratie festzuschreiben, ist aus methodologischen Gründen wie auch wegen der großen semantischen Flexibilität des Demokratiebegriffes ohne Aussicht auf Erfolg.“ (Buchstein/Jörke 2003: 487) Demokratietheorie macht sich daher nicht unbedingt auf die Suche nach einem endgültigen „Wesen“ oder normativen Kern der Demokratie, sondern akzeptiert zuallererst die Unabgeschlossenheit und konstitutive Umstrittenheit des Demokratiebegriffs (vgl. Jörke 2010: 272). Dennoch kann eine Theorie ausgehend von dieser Prämisse für eine eigene

---

<sup>1</sup> Während der von Claus Offe herausgegebene Sammelband zur „Demokratisierung der Demokratie“ (Offe 2003) konkrete Diagnosen und Vorschläge von PolitikwissenschaftlerInnen versammelt, die alle eine institutionelle Reformperspektive einnehmen, bleibt dieser Beitrag weitgehend auf theoretischer Ebene. Im Zentrum sollen auch keine rechtlich-institutionellen Fragen einer Demokratisierung politischer Strukturen stehen, sondern es wird vielmehr der Frage nachgegangen, wie *politisch-emanzipatorische Praktiken einer Demokratisierung real-existierender sozialer und politischer Strukturen theoretisch konzipiert werden könnten*. Demokratie wird daher ausgehend von den demokratisierenden Praktiken selbst adressiert – als Handlungsbegriff (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 490ff.) – und weniger in ihrer rechtsstaatlich-institutionellen Verfasstheit.

Konzeption von Demokratie argumentieren und damit selbst in das umstrittene Feld der Demokratietheorie intervenieren. Dies wird in dieser Arbeit in Kapitel fünf versucht. Sinn verspricht eine solche begriffliche Unternehmung aber nur, wenn sie anschlussfähig bleibt für demokratietheoretische Debatten, aktuelle politische und soziale Veränderungen reflektieren kann und überdies sich in Beziehung zum alltäglichen Sprachgebrauch des Demokratiebegriffes setzen lässt. Und dieses alltägliche Verständnis von Demokratie ist – wie auch Münkler einräumt – nach wie vor durchzogen von einem „Beteiligungsversprechen“ (Buchstein/Jörke 2003: 488): Das partizipative Moment des Demokratiebegriffes lässt sich nicht zum Schweigen bringen. Vielmehr werden im alltäglichen Rekurs auf den Demokratiebegriff die zwei zentralen „Versprechen der Demokratie [...]“, nämlich das Versprechen der möglichst breiten Beteiligung des Demos einerseits und das Versprechen, dass demokratische Beteiligung zu einer sozialen Inklusion führt, andererseits“ (Jörke 2010: 271), aktualisiert und aufgerufen. Demokratietheorie kann dieses historisch und aktuell mit dem Demokratiebegriff verbundene Versprechen nach *egalitärer Teilhabe* nicht übergehen, sondern muss in ihrem begrifflichen Aufbau diesen praktisch-politischen Einforderungen dieses Versprechens einer in der Zukunft demokratischeren Konstellation gerecht werden. Der Demokratiebegriff lässt sich nicht von diesem mit ihm verknüpften Versprechen „reinigen“, weder im Sinne einer auf Rationalität abzielenden Deliberation (vgl. Jörke 2010; Buchstein/Jörke 2003) noch im Sinne einer rein empirischen Demokratieforschung.

Während Münkler nun dieses demokratische Versprechen sogar als gefährlich betrachtet und die mit ihm verknüpften Erwartungen abbauen will, plädiert dieser Beitrag für die entgegengesetzte Perspektive: Erst die Aufrechterhaltung der Forderung nach egalitärer Teilhabe verlieh der Demokratie durch die Jahrhunderte ihre Attraktivität und nur durch den politischen Einsatz für die Verwirklichung dieses Versprechens können emanzipatorisch-politische AkteurInnen die bisherigen Verhältnisse als noch nicht demokratisch markieren und zurückweisen. Das Problem besteht daher nicht darin, dass, wie Münkler meint, wir zu viel von der Demokratie und ihren RepräsentantInnen erwarten würden. Das Problem besteht vielmehr darin, dass wir uns mit sozialen und politischen Verhältnissen konfrontiert sehen, die zunehmend oligarchisch organisiert sind und auch immer mehr darauf verzichten, sich als demokratisch rechtfertigen zu wollen. Wir können daher eben nicht auf die normative Kraft des Demokratiebegriffes verzichten, sollen diese unsere Verhältnisse erträglicher, d.h. demokratischer gestaltet werden. Und das geht – so die These dieses Textes – eben nur über eine stete Demokratisierung der politischen Verhältnisse bzw. der realen Demokratien. Wir müssen daher nicht nur an der Idee der Demokratie festhalten, sondern auch an

den Versprechen, die mit der Idee der Demokratie und der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse verknüpft sind. Erst aus der Differenz zwischen dem, was ist, und dem, was an einer demokratischeren Zukunft verwirklicht werden könnte, beziehen politisch-demokratische AktivistInnen ihre Energie und mitunter auch ihre Legitimität.

Jörke (2010) füllt, wie erwähnt, die normative Dimension seines demokratischen Versprechens mit der Idee egalitärer Teilhabe. Er verweist dabei implizit auf den Demokratiebegriff Jacques Derridas, der sein Konzept der Demokratie inhaltlich zwar noch undefinierter stehen lässt, aber sehr schön zeigt, wie die theoretisch-metaphorische Figur des Versprechens Gegenwart und Zukunft miteinander verknüpft. Unter einem „demokratischen Versprechen“ fasst Derrida nun mehrere Punkte:

- Als ein Versprechen verweist Demokratie auf etwas Zukünftiges, auf etwas, das möglich ist, aber nicht eintreten muss: Wir versprechen uns etwas von ihr, das so noch nicht existiert. Gleichzeitig können wir keine Garantie dafür abgeben, dass dieses Versprechen eingelöst wird.
- Demokratie bleibt daher, wie es bei Derrida heißt, „im Kommen“. Die Zukünftigkeit der Demokratie ist daher immer auch eine Herausforderung an die aktuelle Realität der Politik, welche ihr nicht gerecht wird, aber auch nicht völlig gerecht werden kann. Gleichzeitig steht der Ausdruck „kommende Demokratie“ „für eine kämpferische und schrankenlose politische Kritik oder verlangt doch danach.“ (Derrida 2006: 123)
- Demokratie ist daher auch nicht einfach vorhanden oder gegeben. Es braucht den Einsatz für die Aktualisierung des demokratischen Versprechens und Versuche seiner Einlösung. Wir tragen daher Verantwortung für das Versprechen und müssen es immer wieder erneuern – im Wissen, dass eine vollständige und endgültige Installation niemals der Fall sein wird. Dies denkt Derrida nun nicht als unendlichen Aufschub, der in Resignation münden kann, sondern als Gebot „absoluter Dringlichkeit“ (Derrida 2006: 50) (vgl. Bonacker 2006).

Das heißt, dass der gemeinsame Einsatz für die Praxis einer Demokratisierung der real-existierenden, westlich-liberalen Demokratie immer in Enttäuschung enden kann. Gleichsam – und dafür wird auch dieser demokratiethoretische Beitrag plädieren – müssen wir uns auf theoretischer wie praktischer Ebene für dieses „demokratische Versprechen“ einsetzen, wollen wir uns nicht mit der aktuellen Ausgestaltung der sozialen wie politischen Verhältnisse zufrieden geben und dadurch jene Konfiguration kapitalistischer Staatlichkeit akzeptieren, die entlang der wesentlichen Ungleichheitsachsen von Klasse, Geschlecht und Ethnizität systematisch Ausschlüsse und

Ausgeschlossene (re-)produziert (u.a. Klinger et al. 2007). Diese herrschaftlichen Ausschlüsse lassen die demokratische Idee erst als unverwirklicht erscheinen. Ein Scheitern ist dabei immer möglich. Aber im immer wieder erneuerten Bezug auf das demokratische Versprechen nach egalitärer Teilhabe besteht erst die Möglichkeit, demokratischere Verhältnisse zu instituieren. Es ist gerade dieser – immerzu gewagte, prekäre und konflikthafte – Einsatz für die Aktualisierung der demokratischen Idee, die diese stärkt. Oder wie es bei Samuel Beckett heißt: „Try again. Fail again. Fail better“ (Beckett 1992: 101).

Ausgehend von dieser ersten theoretischen Vermessung der Demokratie und ihrer Idee legt das nächste Kapitel einige Beobachtungen zu den aktuellen politischen Verhältnissen dar, wodurch diese demokratietheoretischen Überlegungen an reale Prozesse der Krisenhaftigkeit rückgebunden werden können: Ist – wie es im Feuilleton tönt – die westlich-liberale Demokratie in der Krise? Welchen Stellenwert hat die Demokratie angesichts ökonomischer Krisenprozesse? Basierend auf Gedanken in diese Richtung stellt Kapitel drei Überlegungen zum Ort und zur Funktion einer (kritischen) Demokratietheorie an. Danach wird anhand der Texte von Colin Crouch, Chantal Mouffe und Jacques Rancière die einflussreiche These, dass wir uns zunehmend in postdemokratischen Verhältnissen bewegen würden, expliziert: Die aktuellen, westlich-liberalen politischen Systeme seien – so die drei AutorInnen – durch eine weitgehende *Abwesenheit* demokratischer Praktiken und Ereignisse gekennzeichnet. Die formalen, demokratischen Institutionen seien ihrer demokratischen Idee wesentlich *entleert*. Dieser Beitrag gibt sich nun mit dieser leicht resignativen Verfallsthese, die sich um den Begriff der Postdemokratie rankt, aber nicht zufrieden und wird anschließend in Kapitel fünf aufbauend vor allem auf Mouffe und Rancière eine eigene theoretische Konzeption demokratisierender Praktiken vorschlagen, die diese Krisendiagnostik in sich aufnehmen kann, ohne aber selbst in einer resignativen, theoretischen Geste stecken zu bleiben: Dieses Konzept einer Demokratisierung „postdemokratischer“ Strukturen wird wesentlich die bei Mouffe und Rancière so zentralen theoretischen Dimensionen der *Gleichheit* und des *Dissens* in sich aufnehmen und den Versuch eines poststrukturalistisch informierten Begriffs demokratisierender Praktiken starten, der aber noch anschlussfähig für eine materialistische Gesellschaftstheorie bleiben soll. Diese demokratisierenden Praktiken bestünden wesentlich in der gemeinsamen *Schaffung egalitärer Ausgangssituationen* innerhalb eines von herrschaftlichen Strukturen durchzogenen Gesellschaftsgefüges. Egalitäre Ausgangssituationen könnten das Versprechen der Demokratie aktualisieren und so einen neuen, demokratischeren Möglichkeitsraum für alle etablieren.

## 2. Demokratie in der Krise

Die Frage, ob und wie eine Demokratie in der Krise ist, wirft zunächst einige Fragen auf: Erstens braucht es einen Maßstab zur Bewertung von Demokratie, um ein Defizit überhaupt feststellen zu können. Dieser normative Maßstab kann nun von außen an empirische Realität herangetragen werden und Anlass für Ernüchterung oder Kritik sein. Dieses Vermessen übernimmt innerhalb der Politikwissenschaft die quantitative und/oder qualitative Demokratieforschung, die politische Kulturen und Prozesse auf ihre Demokratiequalität hin vergleichend befragt (u.a. Pickel/Pickel 2006). Damit lassen sich Demokratisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen meist auf nationalstaatlicher Ebene beobachten und mitunter auch Qualitätskriterien für eine gehaltvolle Demokratie angeben.

Eine Krise kann zweitens aber auch dann konstatiert werden, wenn das eigene demokratische Selbstverständnis z.B. eines westlich-liberalen politischen Systems mit seiner Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt, d.h. wenn Anspruch und Wirklichkeit zu weit auseinanderklaffen und die regierten BürgerInnen auf diese Differenz aufmerksam machen. Die Regierenden können nun, um sich und ihre Regierung weiterhin zu legitimieren, die demokratischen Ansprüche zurückfahren und z.B. den emanzipatorischen Impetus der bürgerlichen Revolutionen und ihrer Verfassungen noch mehr vergessen lassen. Regierende reagieren oftmals auf mögliche Krisen – die ja auch in einer Neugestaltung der Macht- und Regierungsverhältnisse selbst enden könnten – dadurch, dass sie die Idee einer demokratischeren Demokratie als unrealistisch und unpassend zurückweisen, sich und ihre Herrschaft als notwendig und unausweichlich darstellen oder sich und die eigene Ordnung als (nationale) Schicksalsgemeinschaft ausrufen, in der es keine internen Widersprüche mehr auszuhandeln gebe.

Drittens kann Demokratie als diejenige Staats- und Herrschaftsform herausgestellt werden, die ihre eigene Kritik überhaupt erst ermöglicht, zulässt und auch als zulässig erklärt (vgl. Rödel et al. 1989): „Die Geschichte der westlichen demokratischen Bewegung wurde vom ständigen Zweifel der Demokratie an sich selbst begleitet.“ (Rancière 2010: 120) Der demokratische Gedanke der Selbstbestimmung ist durchdrungen von der Potentialität, dass jene, die von demokratischer Herrschaft betroffen sind, diese neu arrangieren können. Demokratie besteht gerade in der Möglichkeit, sich selbst und die demokratischen Institutionen neu zu erfinden. In diesem Sinne ist das Konstatieren einer Krise der Demokratie oder einer demokratischen Krise Element einer Selbstkritik im weitesten Sinne; eine Kritik, die in der Offenheit und Unabgeschlossenheit der Demokratie selbst wurzelt und diese erneuert.

Diese grundsätzlichen Fragen nach der Demokratie, ihrer Form und Krisenhaftigkeit stellen sich gegenwärtig in Europa umso mehr, weil wir es aktuell durchaus mit einer Krise demokratisch-parlamentarischer Repräsentation zu tun haben. Es werden in den letzten Jahren nicht nur laufend Regierungsmehrheiten abgewählt, sondern es treten auch neue politische AkteurInnen auf, die man einerseits als Symptome dieser repräsentativen Krise bezeichnen kann, die aber andererseits gleichsam den Protest dagegen ausdrücken (das Phänomen der Piratenpartei, Beppe Grillo in Italien, etc.). Traditionelle (Volks-)Parteien kommen unter Druck und werden insbesondere dann vom Elektorat abgestraft, wenn sie an der Regierung beteiligt sind. Was meist als Politik- oder PolitikerInnenverdrossenheit von den Medien mit einem kulturpessimistischen Unterton aufgebracht und angeprangert wird, kann aber auch positiv gedeutet werden: Die Leute wehren sich dagegen, „auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden“ (Foucault 1992: 12). Meist bleiben diese Abwahlen und die Zurückweisung der (partei-)politischen Repräsentation aber in einer Negation des Bestehenden stecken und kommen nur selten bis zu dem Punkt einer Neuausrichtung der politisch-demokratischen Frage bzw. zu einer Infragestellung der Idee von Regierung selbst.

Ansätze in diese Richtung, die Frage der Demokratie neu zu stellen, tauchen seit dem Jahre 2011 verstärkt in den Protestbewegungen zwischen Athen, Barcelona, Tunesien und Tel Aviv auf, die so öffentlichkeitswirksam – vor allem im mediterranen Raum – gegen die europäischen Austeritätspolitiken demonstrieren oder sich ihrer autoritären Regime entledigten („arabischer Frühling“). Natürlich haben all diese singulären Proteste und politischen Bewegungen andere Ausgangspunkte, formulieren andere Forderungen und sind von verschiedenen Widersprüchen durchzogen. Trotzdem lassen sich einige Parallelen andeuten, die auch von demokratiethoretischer Relevanz sind:

- All diese Protestformationen sind gekennzeichnet durch eine Zurückweisung staatlicher Repräsentationsformen. Die politischen Staatsapparate oder parlamentarischen Parteien sind nicht Adressat dieses Aufbegehrens, sondern werden zuerst einer Delegitimation unterzogen. Es wird mit Formen nicht-repräsentativer Politik in Versammlungen und öffentlichen Zusammenkünften experimentiert, wobei dies immer eine Intervention in symbolische Zentren beinhaltet. Besetzungen zentraler Plätze unterminieren eine herrschende symbolische Ordnung (mit all ihren Ein- und Ausschlüssen) und etablieren eine spezifische, neue Öffentlichkeit, die den Protest einerseits ausdrückt und andererseits den Involvierten die Entwicklung eines eigenen Selbstverständnisses erlaubt (vgl. Lorey et al. 2012; Wöhl 2012).

- Zentral für diese Bewegungen ist, dass diese wesentlich über eine Differenz operieren und daraus auch ihre Kraft schöpfen: Indem die aktuelle Ausformung der politischen Prozesse der jeweiligen Regime als undemokratisch und/oder als nicht legitim von den Protestierenden bezeichnet wird, entziehen sie dem herrschenden Politikdiskurs bzw. den politischen Selbstbeschreibungen dieser Regime nicht nur den Demokratiebegriff, sondern eröffnen auch die gemeinsame Möglichkeit, Demokratie anders zu verstehen und damit andere Ausformungen des Demokratischen anzudenken. Ebendies meint der Slogan der spanischen Empörten („Indignados“), wenn diese die Forderung nach „Echter Demokratie, jetzt“ (*¡Democracia Real Ya!*) erheben. Diese Einforderung von Demokratie markiert die aktuellen Verhältnisse erst als undemokratisch bzw. noch-nicht-demokratisch. In diesem Sinne benennen die Proteste eine Differenz zwischen der Aktualität und Potentialität der demokratischen Idee – und drücken diese Differenz auch aus.
- Letztlich konstituieren sich in und über diese Proteste neue politische AkteurInnen, die so vor dem Konflikt nicht existiert haben. In der Konfrontation mit einem als ungenügend und unsozial gebrandmarkten Zustand formiert sich ein neues politisches, kollektives Subjekt, das sich einen Namen gibt, darunter Programmatiken formuliert und schon qua Emergenz die bisherigen Abläufe repräsentativer Demokratie durcheinander wirbelt. Wesentlich ist, dass sich diese neuen, diffusen Subjekte, die hier plötzlich nach Demokratie verlangen, nicht aus sozialen Verhältnissen ableiten lassen oder einfach darin aufgehen. Vielmehr hat die Emergenz eines solchen politischen Subjekts den Charakter eines Ereignisses: Politische Ereignisse setzen sich selbst, d.h. sie schaffen sich selbst die Bedingungen ihrer Existenz (vgl. u.a. Badiou 2002). Gerade in diesem Überraschungsmoment besteht das allgemeine Faszinosum dieser Proteste.

Während wir also eine Krise demokratischer Repräsentation und gleichzeitig neu auftauchende Protestbewegungen beobachten können, die die Frage nach der Demokratie wieder aufwerfen, erscheint diese selbst in der aktuellen Krisenlösungsagenda der europäischen politischen und ökonomischen Eliten kaum noch als diskursiver Referenzwert. Stattdessen sollen Verweise auf die „Rationalität“ der Finanzmärkte oder die Mobilisierung volkswirtschaftlicher Wachstumsziele helfen, einzelne Politiken auf nationalstaatlicher oder europäischer Ebene zu rechtfertigen. Diese Politiken bestehen nach wie vor weitgehend in der Legitimation und Durchsetzung angeblich sich selbst aufdrängender Entscheidungen, in der legislativen Anpassung an so genannte Notwendigkeiten des Weltmarkts und in der „ausgewogenen“ Verteilung der Kosten und des Profits

dieser Anpassung innerhalb der Strukturen „nationaler Wettbewerbsstaatlichkeit“ (Hirsch 2002: 84ff.). Die staatlich vermittelte Dynamik kapitalistischer Ökonomie gibt den Rhythmus und die Inhalte politischer Themensetzungen vor, was sich in unregelmäßigen Gipfeltreffen und -beschlüssen auf europäischer Ebenen äußert, deren inhaltlicher Output wesentlich daran gemessen wird, ob er die „Märkte“ beruhigt. Regiert wird von den politischen und ökonomischen Eliten in Form einer Herstellung und Perpetuierung eines Ausnahmezustandes: Die Staatsschuldenkrise – wie sie hier umgedeutet wird – verlange nach „einschneidenden“ Reformen, Ausgabenkürzungen und Sparmaßnahmen vor allen von denjenigen, die bisher über ihre Verhältnisse gelebt hätten (u.a. Demirović/Sablowski 2011).

Das Ergebnis dieser politischen Schockstrategie von oben hat aber nicht nur verheerende soziale Effekte, sondern unterminiert auch die demokratischen Selbstbestimmungsprozesse: Die Parlamente – als die zentralen Institutionen bürgerlich-repräsentativer Demokratie – sollen nachträglich die Entscheidungen des herrschenden ökonomischen Blocks legitimieren und durchsetzen – wie das z.B. im Fall des europäischen Fiskalpaktes der Fall ist. Mit einer demokratisch-parlamentarischen Willensbildung, die das Prinzip europäischer Volkssouveränität ernst nimmt, hat dies nur noch wenig zu tun: Formal-demokratische Institutionen werden einer ökonomischen Rationalität untergeordnet. Demokratie harrt – um auf Derrida zurückzukommen – nicht nur ihrer Verwirklichung, sondern wir können aktuell auch konkrete Entdemokratisierungsprozesse beobachten, in der sich die Macht hin zu demokratisch nicht legitimierten Institutionen verschiebt (u.a. Rancière 2006; Crouch 2008). In diesem Sinn kann durchaus von einer autoritären Verdichtung in der europäischen „Krisenlösungsagenda“ gesprochen werden (vgl. Oberndorfer 2012). Es ist daher nicht die (Idee der) Demokratie, die an Legitimität und auch an Wirkmächtigkeit verliert, sondern umgekehrt fällt es den oligarchisch verfassten Nationalstaaten (vgl. Rancière 2006) zunehmend schwerer, ihre (Krisenlösungs-)Politiken noch als demokratisch zu legitimieren: Der politische „Output“ gegenwärtiger, westlich-demokratischer Staaten gerät zunehmend in Widerspruch zu den normativen Grundlagen von Demokratie – Volkssouveränität und egalitärer Teilhabe.

### 3. Zur theoretischen Praxis der Demokratietheorie

Diese verschiedenen Debatten und Entwicklungen – die Krise staatlicher Repräsentation, das Auftauchen neuer politisch-demokratischer Subjekte und die aktuelle Subsumierung des Demokratischen unter eine staatlich-vermittelte ökonomische Rationalität – fordert die Politikwissenschaft im Nachdenken über Demokratie auf zumindest dreierlei Ebenen heraus:

Erstens gilt es die im Zuge der ökonomischen und politischen Krisenhaftigkeit auftretenden Veränderungen der politischen Prozesse und Praktiken zu verstehen und zu analysieren. Gleichzeitig müssen wir auch die Verschiebungen der politischen Diskurse innerhalb und außerhalb der staatlichen Apparate betrachten: Dient Demokratie darin noch als Rechtfertigungsanker, werden einzelne Politiken noch mit der demokratischen Idee verknüpft und, wenn ja, welche Vorstellungen von Demokratie kursieren innerhalb des politischen Feldes? Welche diskursiven Verschiebungen gehen eventuell mit Krisendiagnosen und -lösungen einher?

Zweitens kommt man, wie eingangs festgestellt, nicht umhin, auf die Mehrdimensionalität und auch Umstrittenheit des Demokratiebegriffes selbst aufmerksam zu machen. Zwischen einem liberalen Demokratiebegriff, der sich um individuelle Freiheiten, Privateigentum, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gruppiert und ein Privates vom Allgemein-Öffentlichem getrennt sehen will, und einem sozialistischen Demokratiebegriff, der die Idee der politischen Gleichheit und Volkssouveränität auf sämtliche soziale Sphären (inklusive Ökonomie) ausdehnen will, liegen Welten und auch einige Paradoxien – wie u.a. Mouffe betont (Mouffe 2008). Indem die Politikwissenschaft Demokratiebegriffe und -konzepte diskutiert und deren Mannigfaltigkeit zu Tage treten lässt, wird einerseits bewusst, dass Demokratie immer etwas anderes bedeuten kann und dass sie daher auch begrifflich umkämpft bleibt. Andererseits können dadurch auch Widersprüche zwischen einem Demokratieverständnis und der realen Ausgestaltung der politischen Strukturen und Verhältnisse offenkundig werden. In diesem Sinne ist Demokratietheorie natürlich potentiell gefährlich für soziale und politische Herrschaft.

Drittens glaube ich, dass wir diese „begriffspolitische“ Dimension von Begriffen und Konzepten – und Demokratie ist ja hochgradig normativ aufgeladen – nicht beiseiteschieben können und/oder uns auf eine rein positivistische Untersuchung von z.B. politischen Governanceprozessen zurückziehen können und dürfen. Theoriebildungen über die Demokratie sind niemals nur empirische „Modelle“ über das, was gemeinhin für Demokratie gehalten wird. Theorien über Demokratie sollen auch bei Bemühungen helfen, Demokratiedefizite in Herrschaftsordnungen zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern. In diesem Sinne kann sich eine theoretische Praxis der

Demokratie nicht auf den Nachvollzug begrifflicher Auseinandersetzungen zurückziehen: Sie ist vielmehr selbst Teil der Konflikte darüber, was Demokratie bedeutet und welche sozialen Implikationen diese Bedeutung hat bzw. haben kann. (Demokratie-)Theorie kann daher nicht außerhalb gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse verortet werden. Dies gilt insbesondere deshalb, weil ihre Begriffe und Konzepte auf den Gegenstand ihrer Analyse – soziale und politische Verhältnisse – selbst Auswirkungen haben, was wiederum Demokratietheorie zur Reformulierung eigener (Vor-)Annahmen antreiben kann. Es gibt in diesem Sinn daher keinen gesellschaftlichen Standort, von dem aus Politikwissenschaft neutral und völlig objektiv Demokratie und deren Praktiken begutachten könnte. Wird dieser gesamtgesellschaftliche Vermittlungszusammenhang von theoretischer und politischer Praxis verleugnet, gerät Demokratietheorie leicht in Gefahr sich unreflektiert und implizit Herrschaftsverhältnissen anzudienen. Eine kritische Demokratietheorie behält dem gegenüber dieses Verhältnis von Herrschaft, politischer und theoretischer Praxis im Auge; kritisch kann sie sein, weil sie das nicht eingelöste Versprechen der Demokratie in sich aufnimmt, vor Positionierungen nicht zurückschreckt und die sozialen Effekte, die politische Versuche einer Aktualisierung ebendieses Versprechens zeitigen, reflektiert.

#### **4. Entleerung und Abwesenheit – die postdemokratische Verfallsthese**

In diesem Sinne soll auch die kommende Untersuchung angelegt sein. Im Mittelpunkt stehen dabei jene zeitdiagnostischen Analysen, die sich in den letzten Jahren um den Begriff der Postdemokratie gruppiert haben und denen auch über die akademischen Zirkel hinaus Aufmerksamkeit zuteil wurde (u.a. Jörke 2005; Crouch 2008; Rancière 2010; APuZ 2011; Crouch 2011). Abseits von je spezifischen inhaltlichen Schwerpunkten der AutorInnen verweist das gemeinsam betonte *post* auf einen sozialen und politischen Zustand, der jenseits der Demokratie angesiedelt sei, ohne aber gleichzeitig den Bezug zur Demokratie vollständig verloren zu haben. Mit der Beschreibung als postdemokratisch soll ein Übergangsprozess zu einem nachdemokratischen Zustand betont werden. Unabhängig vom jeweiligen Hintergrund der AutorInnen gilt es in kritischer Absicht einen Verlust an Demokratie theoretisch zu markieren. Postdemokratie will daher Verfalls- und Deformationsprozesse benennen und ausfindig machen, „die im Kern der vermeintlich konsolidierten, d.h. ihren selbst gesetzten Kriterien genügenden und ihrem Begriff entsprechenden Demokratien zu beobachten sind.“ (Offe 2003: 10) Wie dabei leicht ersichtlich wird, steht und fällt

die Benennung von politischen Verhältnissen als postdemokratisch mit der jeweils darin eingehenden Definition von Demokratie.<sup>2</sup>

Die Rede von der Postdemokratie – oder auch „Postpolitik“ (Žižek 2001; Mouffe 2005) – hat sich in den letzten Jahren als Sammelbegriff für politische wie politikwissenschaftliche Debatten herauskristallisiert, welche für Unmutsäußerungen des Feuilletons ebenso Platz bereithalten wie für ein akademisch geäußertes Unbehagen an einer konstatierten demokratischen „Entleerung“ der aktuellen, liberal-demokratischen Systeme des Westens. Diese Hochkonjunktur des Begriffs Postdemokratie hat nun aber auch damit zu tun, dass das darin aufgehende Demokratieverständnis meist kaum expliziert wird, weshalb der Signifikant Postdemokratie selbst als verallgemeinerter, begrifflicher Fluchtpunkt dient, der diverse Kritiken an politischen Prozessen in sich aufnehmen soll. Die anhaltende Popularität der Begriffe Postpolitik bzw. Postdemokratie und deren mannigfache Applikation auf verschiedenste politikwissenschaftliche Phänomene haben deshalb auch dazu geführt, dass diese Begriffe selbst eine gewisse begriffliche Entleerung erfahren haben. Das folgende Kapitel soll dem entgegenwirken, indem die jeweils von Crouch, Mouffe und Rancière vertretenen Konzepte der Postdemokratie kurz skizziert werden. Allen dreien ist dabei ein kritischer Zugang im weitesten Sinne gemein, der sich nicht mit der deskriptiven Herausarbeitung von entdemokratisierenden Prozessen begnügt, sondern sich für eine Re-Aktualisierung demokratischer Praktiken selbst einsetzt.

#### **4.1 Colin Crouch – Vielstimmige Zivilgesellschaft gegen elitäres Spektakel**

Durchgesetzt hat sich in den diskursiven Auseinandersetzungen um den Begriff der Postdemokratie eine historische Verfallsthese, die wesentlich in den Schriften von Crouch zum Ausdruck kommt (Crouch 2008; 2011). Dieser liest das *post* weitgehend historisch: Die neoliberale Durchsetzung einer marktradikalen, politischen Rationalität in den letzten 30 Jahren habe demokratische Strukturen unterminiert und die Autonomie egalitärer Politik ersetzt durch ein oligarchisches Ringen um Aufmerksamkeit im Spektakel einer medialen Wahldemokratie. Die bekannte These von Crouch ist, dass sich die politischen Verfahren zunehmend vordemokratischen, oligarchischen Zeiten annähern würden, obwohl die formalen demokratischen Institutionen und Prozesse weiterhin intakt seien.

---

<sup>2</sup> Die Relation zwischen Postdemokratie und der gleichermaßen von den AutorInnen erwünschten wie vermissten demokratischen Praxis kann als die zwei Seiten derselben Medaille beschrieben werden, existiert doch in all den drei nachfolgend kurz vorgestellten Ansätzen ein reziprokes Definitionsverhältnis: Die Beschreibung und Analyse postdemokratischer Verhältnisse definiert ex negativo die eigene Konzeption politisch-demokratischer Praxis und umgekehrt werden durch die Skizzierung des eigenen Politikbegriffes die postdemokratischen Konturen des Mangels daran erst nachvollziehbar.

Unter Postdemokratie versteht Crouch nun ein Gemeinwesen „in dem nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt [...]. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagiert nur auf die Signale, die man ihnen gibt.“ (Crouch 2008: 10) Realpolitik werde von Regierungen und politischen wie ökonomischen Eliten weitgehend hinter verschlossenen Türen betrieben. Es komme zu einem Substanzverlust der liberalen Demokratie und die Einflussmöglichkeiten des *demos* selbst nehmen ab.

Zur Explikation seiner Postdemokratie-These dient Crouch als normative Richtschnur ein idealtypisches Modell von Demokratie: Die Masse der BürgerInnen soll durch Diskussionen und mittels unabhängiger Organisationen die Möglichkeiten haben, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen. Dieser egalitäre Zugang werde aber in der vorherrschenden, liberalen Spielart von Demokratie weitgehend übersehen. Darin wird Demokratie nur an Wahlen, lobbyistischen Interventionen und an eine Vorstellung von Politik geknüpft, die keinesfalls in die kapitalistischen Verwertungsprozesse intervenieren dürfe. Es lasse sich weiters eine Transformation von Parteien hin zu entdemokratisierten, unternehmensähnlichen Wahlvereinen konstatieren, die im Kern von SpitzenpolitikerInnen, Beratungseinrichtungen, Lobbys und der Meinungsforschung zusammengehalten werden (Crouch 2008).

Diesem „Verfall“ liberaler Demokratien will Crouch entgegenwirken, indem neue kollektive Identitäten entstehen sollen, die die Form der Partizipation an Debatten und Entscheidungen im Sinne einer Vitalisierung der Demokratie verändern sollen. Vor Augen hat er eine engagierte, kampflustige und vielstimmige Zivilgesellschaft. Die Demokratie benötige das Engagement der Masse der normalen BürgerInnen, wobei diese wiederum die Möglichkeiten bräuchten, sich in Diskussionen und vermittelt über unabhängige Organisationen aktiv zu beteiligen. Es geht dabei um die Gestaltung des öffentlichen Lebens, was auch die Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse umfassen solle. Dieses demokratische Ideal ist bei Crouch unmittelbar verknüpft mit der Idee politischer Gleichheit, wobei die ArbeiterInnenklasse historisch jener Akteur war, der diese Idee vertrat und in diesem Sinne die formal politische Gleichheit auf soziale Gleichheit ausdehnen wollte (Crouch 2008; 2011).

Konstatiert wird von Crouch, zusammenfassend gesagt, eine *Entleerung* liberal-demokratischer Institutionen, in der der *demos* und dessen konflikthafte Auftauchen im Namen technokratischer Expertise verabschiedet werden. Zweitens sei die postdemokratische Situation durch die weitgehende *Abwesenheit* egalitärer, politischer Initiativen und Mobilisierungen gekennzeichnet. Was fehlt seien AkteurInnen bzw. Subjekte, die – in unseren Worten formuliert – für das demokratische Versprechen nach egalitärer Teilhabe ein- bzw. aufstehen und die aktuellen Verhältnisse mit der Forderung nach der Einlösung dieses Versprechens konfrontierten. Das Problem dieses Postdemokratiebegriffes von Crouch liegt zum einem im sentimental Unterton, welcher nachträglich die 1960er und 70er Jahre als demokratisches, fordistisches Idyll erscheinen lässt. Abseits theoretischer Schwächen – Crouch fällt hinter das Analysepotential materialistischer Staatstheorien (u.a. Jessop 2007) weitgehend zurück – besteht die Gefahr einer resignativen Erschöpfung, weil diese Konzeption die ständig stattfindenden politischen Konflikte unterschätzt und damit auch jene aktuellen Versuche einer Re-Artikulation demokratisierender Praktiken.

#### **4.2 Chantal Mouffe – Agonale Konflikte gegen den „expertokratischen“ Konsens**

Während Crouch nun einen idealtypischen Kern von Demokratie angibt – aktive, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens interessierte und beteiligte BürgerInnen – ist es nach Chantal Mouffe gerade der Verzicht auf solch ein „Wesensmerkmal“ von Demokratie, die ebendiese auszeichnet. Anders formuliert: Eine Vielzahl an AkteurInnen ist ständig in hegemonialen Auseinandersetzungen darüber verstrickt, was unter Demokratie verstanden werden sollte und in welcher Weise liberal-demokratische Institutionen eingerichtet werden sollten. In ihrer „pluralen und agonalen“ Demokratietheorie betont sie daher, dass Konflikte, dass der Dissens konstitutiv für Demokratie sei (u.a. Mouffe 1993; Mouffe 2008). Dadurch positioniert sie sich auf theoretischer Ebene gegen kommunitaristische, liberale und deliberative Demokratietheorien ebenso wie gegen die Autoren der „zweiten Moderne“ wie Beck und Giddens (Mouffe 2007). Zentrales Merkmal der Postdemokratie sei genau die Verweigerung dieser antagonistischen Dimension: Ergebnisse und Symptome für diese Verweigerung seien die allgemeine Hinwendung auf ein konsensuales Politikmanagement, „expertokratische“ Entscheidungen, eine Ersetzung der Politik durch Moral und das Erstarken rassistischer Bewegungen (ebd.). Innerhalb dieser postdemokratischen Konstellation müsse es das Ziel sein – so Mouffe und Laclau –, „die demokratische Revolution“ voranzutreiben, d.h. Gleichheit und Freiheit gleichermaßen als Anker für stete Demokratisierungsbemühungen aufzugreifen (Laclau/Mouffe 2000). Das Ziel der von beiden propagierten Demokratie kann als „Kampf um ein Höchstmaß an Autonomisierung von Bereichen auf der Basis der Verallgemeinerung

der äquivalentiell-egalitären Logik" (ebd.: 209) beschrieben werden. Damit wird sie den Differenz- und Autonomiebestrebungen der 1980er Jahre theoretisch ebenso gerecht wie der Gleichheit als imaginärem Bezugspunkt in der Ausweitung dieser demokratischen Logik. Die Aufgabe dieser „radikalen Demokratie“ bestünde in der vollständigen Verortung auf dem Terrain der „demokratischen Revolution“ (vgl. Rödel et al. 1989) und deren erweiterter Verknüpfung zwischen den verschiedenen Kämpfen gegen Unterdrückung. „Die Aufgabe der Linken kann deshalb nicht darin liegen, auf die liberal-demokratische Ideologie zu verzichten, sondern hat sie im Gegenteil in Richtung auf eine radikale und plurale Demokratie zu vertiefen und auszuweiten.“ (ebd.: 219) Aktuell gelte es vor allem jenen Pol der Gleichheit, der traditionell dem Prinzip der „Volkssouveränität“ zugeordnet wird, zu stärken (Mouffe 2011).

Was sind die zentralen Momente der *postdemokratischen* „Vision“, die Mouffe als „common sense“ der westlichen Gesellschaften herausstellt (Mouffe 2007: 7ff.)? Für die politische Kultur hat die Verweigerung der antagonistischen Dimension von Demokratie – klar konturierte inhaltliche und ideologische Auseinandersetzungen und auch Kämpfe zwischen politischen AkteurInnen – kaum überraschenden Folgen: sinkendes Interesse an Politik und ein steigender NichtwählerInnenanteil. Mit der Orientierung auf konsensuales Politikmanagement und Toleranz verfehle die liberale Postdemokratie, dass diese Auseinandersetzungen immer mit (kollektiven) Leidenschaften, klar akzentuierten Differenzsetzungen und Parteilichkeiten einhergehen. Richten sich z.B. die Parteien in ihrem Denken und Tun an eine „imaginierte“ politische Mitte aus, verschwimmen ideologische Grenzen und lässt auch das Interesse der WählerInnen – mangels Alternativen – am liberaldemokratischen Parteienwettbewerb nach. Ein Grund dafür sei u.a. die „Modernisierung“ sozialdemokratischer Parteien und deren Aufgabe von Versuchen, die Interessen breiter Bevölkerungsschichten zu verteidigen. Ergebnis dieser „Politik der Mitte“ sei ein demokratisches Defizit bzw. eine wachsende Entfremdung der strukturell Ausgeschlossenen von dieser sozialdemokratischen Repräsentationspolitik (Mouffe 2011).

Dieses freigelassene Terrain werde politisch von rechts besetzt und mobilisierend benützt: „Vor dem Hintergrund des herrschenden antipolitischen Zeitgeistes und seines Anspruchs, die Kategorien von links und rechts in der Politik ad acta zu legen [...], ziehen die rechtspopulistischen Politiker die Grenzen, die die Basis des „Politischen“ sind – die Grenzen zwischen ‚wir‘ und ‚die anderen‘“ (Mouffe 2007: 131). Deren anhaltende Attraktivität sieht Mouffe als postdemokratisches „Symptom“ einer Politik, die in der Mitte zusammenrückt und keine Alternativen bietet. Indem sich die postdemokratische Form der Politik um Konsens und Dialog gruppiert und sich darauf beschränkt,

das reibungslose Funktionieren der Märkte zu gewährleisten, kanalisiert sich der politische Wille in den rechten Anti-Establishment-Parteien. Damit werden (regressive) politische Leidenschaften mobilisiert, die die Linke in ihrer Konsensorientierung nicht mehr positiv zu operationalisieren weiß. Können politische Leidenschaften im Zuge von Debatten über politische Alternativen sich nicht mehr über demokratisch-agonale Bahnen artikulieren, führt dies mitunter zum Anwachsen kollektiver Identitäten, die sich um die Nation, die Religion oder Ethnizität gruppieren (Mouffe 2005: 50). Statt dieses Phänomen zu analysieren, würden diese Wahlerfolge von den liberalen Eliten aber bloß moralisch verurteilt (Mouffe 2007). Moralisierende Entgegnungen seien hier aber fehl am Platz und mitunter sogar kontraproduktiv, würden doch solch Reaktionen die Frage nach den sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen für den Aufstieg „rechtspopulistischer“ Parteien gar nicht stellen.

Damit ist auch das zweite Merkmal postdemokratischer Regime erwähnt: die Ausrichtung und die politische Antizipation eines Konsenses, in dem der politische Dissens keinen Platz hat. Der politische Glaube, dass alle Interessen der BürgerInnen versöhnt werden können, sei eine grobe Fehleinschätzung. Der gegenwärtige Vorrang konsensualer politischer Praktiken sei ein Hinweis darauf, dass der agonale Charakter jeglicher wirklicher Politik verleugnet werde. „Die Entwicklung eines moralischen Diskurses und die obsessive Enthüllung von Skandalen aus allen Lebensbereichen sind, wie auch das Anwachsen verschiedener Formen des religiösen Fanatismus, allzu oft die Konsequenz aus der Leere, die im politischen Leben durch die Abwesenheit demokratischer, durch konkurrierende politische Werte informierter Identifikationsformen erzeugt wird.“ (Mouffe 2005: 50) Diese Leere des Konsenses wird gefüllt von moralischen Entgegnungen, partikularistisch-kulturellen Essentialismen und den erwähnten rechten Parteien.

#### **4.3 Jacques Rancière – Singuläre Selbstermächtigungen gegen konsensuelle Kapitalverwaltung**

Sowohl in Crouchs egalitaristischem Zugang als auch in der Argumentation von Mouffe und Laclau für eine „radikale Demokratie“ ist und bleibt Gleichheit ein zentraler Referenzpunkt. Politische Gleichheit (vor dem Gesetz oder aktualisiert über Wahlen) könne dabei nur Ausgangspunkt für eine Ausdehnung der Gleichheit auf immer mehr soziale Verhältnisse, inklusive der Ökonomie, sein. Bei Crouch ist diese Gleichheit als politisches Ziel einer erneuerten (Sozial-)Demokratie angelegt, während bei Mouffe Gleichheit mit Freiheit zusammengedacht wird als sich bedingendes

Wechselverhältnis, das es politisch auszudehnen bzw. – theoretisch formuliert – zu universalisieren gelte (vgl. Lehner 2012).

Ebendiese Gleichheit ist nun auch in der Konzeption von Rancière Ansatzpunkt für sein Konzept demokratischer Praxis. Gleichheit wird bei ihm zur Hintergrundbedingung demokratischer Aktivitäten. Sie ist weniger selbst Ziel demokratischer Praktiken, sondern im politischen Nachweis bzw. im politischen Aufzeigen und Bearbeiten von Ungleichheiten präsent. Demokratische Praxis nach Rancière ist selten, nicht selbstverständlich und besteht in der Etablierung eines sichtbaren Konfliktes bzw. Widerstreits zwischen einer (vor-)herrschenden, ungleichen Organisation des Sozialen und einer möglichen anderen. Der Konflikt besteht, kurz gesagt, darin, dass eine herrschende Auf- und Zuteilung von Körpern, Funktionen und Orten mit einer anderen möglichen Auf- und Zuteilung entlang von Gleichheit konfrontiert wird. Dieses „mögliche Andere“ wird sichtbar und formuliert von einem neuen politisch-demokratischen Subjekt, das sich in und über diesen beschriebenen Konflikt erst als solches formiert. Verschwindet dieser Konflikt bzw. die Konfrontation eines herrschenden Settings mit Gleichheit, so verschwindet wiederum dieses politische Subjekt selbst. Diese demokratische Praxis ist daher temporär, immerzu prekär und konstituiert sich wesentlich in der Etablierung einer Konfrontation, in der bisher unsichtbare, unerhörte und ausgeschlossene soziale AkteurInnen nach Sichtbarkeit und egalitärer Teilhabe streben (Rancière 2002; 2008; 2011).

Dies heißt nun erstmals, dass demokratische Politik – Demokratie und Politik fallen bei Rancière begrifflich weitgehend zusammen – nicht die Ausübung von Macht bzw. Herrschaft oder der Kampf um deren Verfügung und Besitz sein kann. Politik/Demokratie bezeichnet weder die Art und Weise einer Zusammenkunft noch kann sie machttheoretisch bzw. mittels Legitimitätsfragen erörtert werden: „Die Politik ist nicht aus Machtverhältnissen, sie ist aus Weltverhältnissen gemacht.“ (Rancière 2002: 54) Rancières Verständnis von Politik steht daher völlig konträr zu soziologisch-realistischen Politikkonzeptionen und ist stattdessen als eigenständige Beziehung aufzufassen, die über eine eigenen Rationalität, eine eigene Form und einen eigenen Subjektivierungsmodus verfügt.

Demokratische Politik ist bei Rancière keine Ordnung, Staatsform oder anthropologische Seinsweise, sondern die Prozedur einer konfrontativen Selbstermächtigung entlang von Gleichheit (Rancière 2002).

Als Selbstermächtigungen können diese demokratischen Praktiken – Rancière hat dabei Revolten, Manifestationen, Demonstrationen, Kundgebungen und Proteste vor Augen und eben keine

staatlich-juridischen Rechtsetzungsprozesse – begriffen werden, weil sie sich mit einem „staatspädagogischen“ Duktus der Integration/Inklusion nicht zufrieden geben, sondern selbst nach einer Umverteilung der sozialen bzw. symbolischen Teile einer Gesellschaftsformation streben. Anders formuliert: Den auftauchenden emanzipatorischen Bewegungen geht es nicht einfach darum, dass ihr partikulares Interesse oder ihre Forderungen akzeptiert werden von einem vorherrschenden Setting, dass ihr „Teil“ eingeschrieben wird in ein gesellschaftliches Ganzes, sondern dass diese symbolische Ordnung ebendieses Ganzes selbst unter dem Eindruck des selbstermächtigenden Prozesses verschoben wird. Eine demokratische Praxis in diesem Sinne strebt weniger nach Anerkennung vor einem „Herren“ oder „Fürsten“, sondern unterminiert (symbolisch) unter Bezug auf Gleichheit jenes herrschaftliche Dispositiv, das durch die hierarchische Differenz zwischen einem „Herren“ bzw. „Fürsten“ und einem „Knecht“ bzw. „Volk“ erst konstituiert wird (Rancière 2008). Das heißt auch, dass diese Politikkonzeption mit einer einfachen, liberal-demokratischen Repräsentationslogik bricht, in welcher partikulare Interessen und „Identitäten“ nach einem gerechten Anteil an Repräsentation streben. Dieses gleichzeitige Eindringen jenes „Anteils der Anteillosen“ in die polizeiliche, repräsentative Zuteilung des Sozialkörpers und dessen staatlicher Verkörperung ist der zentrale Schritt der intervenierenden Politisierung und der eigentliche politische Konflikt entlang von Gleichheit (vgl. Žižek 2009). Demokratische Politik ist bei Rancière daher keine staatliche Problemlösungsprozedur, sondern zuallererst die Problematisierung herrschender sozialer Verhältnisse entlang von Gleichheit.

Als *postdemokratisch* bezeichnet Rancière nun eine soziale Konstellation, die die beschriebenen Konstitutionen des *demos* bzw. dessen Selbstermächtigungen gegenüber einer Regierung oder herrschenden Verhältnissen verhindert und diskursiv delegitimiert. Postdemokratie lässt das spezifische politische Handeln und dementsprechende Subjekte verschwinden. Sie ist die Übereinstimmung staatlicher Formen mit gesellschaftlichen Verhältnissen. Postdemokratie sei das Idyll der konsensuellen Demokratie, d.h. im Sinne Rancières ein Widerspruch in sich. Postdemokratie solle das Paradoxon bezeichnen, „das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht.“ (Rancière 2002: 111) Sie ist die „Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie nach dem *Demos* [...], reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energien und gesellschaftlichen Interessen.“ (ebd.), wobei die Formen des Staates mit dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse praktisch und auch im Denken in Übereinstimmung gebracht werden: Die konsensuelle Demokratie ist eine Herrschaft, die von der

Meinung und vom Recht bestimmt wird. Offizielle Politik sei zunehmend Verwaltung kapitalistischer Akkumulation und deren Schwankungen. Einzelne Problemlagen führen nicht zum Erscheinen neuer demokratischer Subjekte, sondern werden zuvorderst staatlicher Problemlösungskompetenz zugeführt. Demokratische Leidenschaft wird im Sinne einer technokratischen Kompetenz diskreditiert. Es komme in der Postdemokratie zu einer Identifikation der Gesellschaft mit sich selbst, wobei das Auftauchen von neuen, demokratischen Subjekten und damit die Artikulation von „egalitärer Kontingenz“ – womit man die Konfrontation herrschender Ungleichheitsverhältnisse durch ein „mögliches Anderes“ entlang von Gleichheit bezeichnen könnte – weitgehend verhindert wird (Rancière 2002).

Und eben weil diese demokratischen Leidenschaften in der Postdemokratie abgekühlt sind, komme es zu einer Rückkehr eines anderen Volkes: Anstelle des verallgemeinerten Rousseauschen und marxistischen Volkes erscheint fast überall ein ethnisches, als Selbstidentität bestimmtes Volk, das sich gegen ein fixes, essentialisiertes Anderes zur Geltung bringt. Ähnlich wie Mouffe verknüpft daher auch Rancière das Sprießen des Kulturalismus und Rassismus mit der Hegemonie konsensualer Politikkonzepte. Die Emergenz dieser selbstidentischen Partikularismen – seien die jetzt religiös, ethnisch oder „kulturell“ – korreliere mit der postdemokratischen Abkehr von (Klassen-)Kämpfen bzw. vom Demos zugunsten einer „vernünftigen“ Staatsverwaltung. Das Problem bzw. eine der Ursachen für das Wiederauftauchen von Rassismen und anderen Identitätsfixierungen verortet Rancière darin, dass die sozialen Körper keinen Abstand zu sich selbst, keine Zwischenräume für Subjektivierung – und damit Politik – zuließen (Rancière 2002; Rancière 2010).

#### **4.4 Zusammenfassung und Verdichtung**

Wir haben es mit drei verschiedenen Diagnosen von Postdemokratie zu tun, die sich zwar teilweise überlappen, aber sich in ihrer Beurteilung wesentlich darin unterscheiden, an welchen Formen politisch-demokratischer Praxis es gegenwärtig mangle. Sie unterscheiden sich auch dahingehend, wie sie das „demokratische Versprechen“ nach egalitärer Teilhabe einlösen und umsetzen wollen. Zentral ist bei allen der Bezug auf Gleichheit und damit der Versuch, ihre eigenen Konzeptionen im theoretischen Fahrwasser emanzipatorischer Politiken und Theorien zu positionieren: Erneuerte parteiliche und zivilgesellschaftliche Initiativen sollen nach Crouch die demokratische Idee – Teilnahme und Mitbestimmung aller an dem, was alle betrifft – wieder auf die Tagesordnung setzen, um so den liberalen Oligarchien der Gegenwart etwas entgegenzusetzen. Mouffe plädiert für die Bildung eines neuen, progressiven Blocks, der von der Ausweitung der demokratischen Revolution

auf immer mehr Lebensbereiche durchdrungen ist, ohne dabei aber Freiheit und Gleichheit gegeneinander auszuspielen. Rancière wiederum fokussiert die demokratischen Praktiken und Prozesse selbst an, wobei er den Konflikt zwischen einer herrschenden Organisation des Sozialen und der Artikulation einer möglichen Alternative dazu ins theoretische Zentrum rückt.

	<i>Postdemokratische Dimensionen</i>	<i>Demokratische Praxis?</i>
Crouch	Neoliberale Oligarchie; Substanzverlust der Demokratie; Apathie; Spektakel	Vitalisierung; neue egalitäre Projekte; vielstimmige Zivilgesellschaft
Mouffe	Konsens; Technokratie; Moral; „Identitätspolitik“; Kulturalismus; Rassismus	Gegenhegemoniale Ausweitung der „demokratischen Revolution“; Freiheit und Gleichheit,
Rancière	Konsens; Staatliche Verwaltung der Kapitalakkumulation; Rechtsstaatlichkeit; Objektivierungen	Prozesse egalitärer Selbstermächtigung; temporäre Subjekte

Abb.1: Postdemokratische Dimensionen und fehlende politische Praktiken

Diese verschiedenen Konzeptionen einer (abwesenden und gleichsam gewünschten) Form politisch-demokratischer Praxis intervenieren jeweils in eine Problematik: Crouch versucht den sozialdemokratischen Diskurs nach dem dritten Weg Blairs und Schröders zu korrigieren; Mouffe/Laclau verorten sich in einem post-marxistischen Diskurs, der die letzten Ausläufer einer klassenzentrierten und ökonomistischen Politikvorstellung innerhalb der Linken dekonstruieren will; Rancière wiederum versucht auf mehr philosophischem Wege eine Theorie demokratischer Selbstermächtigung vorzulegen, die über jeden Verdacht einer autoritativen „politischen Philosophie“ erhaben sein soll.

Die gegnerischen Strukturen dieser verschiedenen theoretischen Bemühungen sind zwar im Detail verschieden, überschneiden sich aber in der Bestimmung einer postdemokratischen Gegenwart: Diese sei gekennzeichnet durch einen Fokus auf technokratischem Konsens, Rechtsstaatlichkeit und liberaler Toleranz, dem Auftauchen (kultur-)rassistischer Bewegungen und einer Vorstellung von Politik, die wesentlich in der staatlichen Verwaltung kapitalistischer Akkumulation aufgeht. Differenzen und Dissens werde substantialisiert bzw. ethnisiert, während der demokratische Dissens aus dem politischen Feld weitgehend verdrängt werde. Postdemokratie sei die Durchsetzung einer

oligarchischen, liberalen Herrschaft ökonomischer und staatlicher Eliten, die sich über Wahlen legitimieren lassen, aber sonst weitgehend abseits vom Demos mit Hilfe von ExpertInnenräten Entscheidungen im Namen der herrschenden, ökonomischen Blöcke treffen.

## 5. Egalitäre Ausgangssituationen konstituieren – ein Konzept demokratisierender Praktiken

Die insbesondere bei Mouffe und Rancière anvisierte, radikaldemokratische<sup>3</sup> Betonung von Dissens und Agonalität hilft, die postdemokratische Privilegierung des Konsenses – die noch in der deliberativen Demokratietheorie ihren Widerhall findet (vgl. Mouffe 2007)– zurückzuweisen. Politische Praktiken und Prozesse beruhen eben auf Auseinandersetzungen, Konflikten und Kämpfen, die sich auch niemals stilllegen lassen. Demokratische Praktiken rekurren in diesen Auseinandersetzungen wesentlich auf Gleichheit und verorten sich im Einsatz für das „demokratische Versprechen“ nach egalitärer Teilhabe aller. Diese Praktiken haben dadurch fast automatisch all jene sozialen Strukturen und deren VerteidigerInnen zum Gegner, die an der oligarchischen Verfasstheit sozialer Machtverhältnisse festhalten wollen und diese legitimieren. Von dieser Analyse ausgehend sollen abschließend ein paar Punkte diskutiert werden, die wichtig für eine praxistheoretische Konzeption demokratischer Subjektivierung sein könnten. Diese Punkte könnten eventuell als Hinweise dienen, um der von Buchstein/Jörke konstatierten „Rationalisierung der Demokratietheorie“ (Buchstein/Jörke 2003) entgegenwirken zu können.<sup>4</sup>

Wollen wir – und dazu soll dieser Text erste Möglichkeiten andeuten – einen *Begriff von demokratischer Praxis* entwickeln, der sich einer vorschnellen, diskursiven Einschreibung in die postdemokratische Verfassung real-existierender, liberaler Demokratien ebenso verweigert, wie er eventuell den politischen Impuls, der von den aktuellen Protestbewegungen ausgeht, theoretisch in sich aufnehmen kann, so lässt sich v.a. basierend auf den Überlegungen Rancières zusammenfassend folgende Definition demokratischer Praktiken anbieten: Diese formieren sich in und über *singuläre, politische Prozeduren*, in denen aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse als solche *sichtbar gemacht*, mit *Gleichheit konfrontiert* bzw. entlang dieser *transformiert* werden. Die

<sup>3</sup> Zur Diskussion und Kritik radikaldemokratischer Demokratietheorien vgl. Lehner 2012.

<sup>4</sup> Buchstein/Jörke konstatieren aktuell eine Hegemonie jener Demokratietheorien im Feld der politikwissenschaftlichen Theorie, die den Fokus auf den Rationalitätsgrad politischen Outputs bzw. kollektiv bindender Entscheidungen legen, während die Frage des Inputs, d.h. der Partizipation am politischen System, als sekundär betrachtet wird. Diese Demokratietheorien zielten auf eine „Veredelung der Gütequalität demokratischer Politikergebnisse“ (Buchstein/Jörke 2003: 475) ab, was im Endeffekt auf eine „Demokratietheorie ohne Demokratie“ hinauslief.

Konstitution solch singulärer Prozeduren – die an sich überall im gesellschaftlichen Gefüge emergieren können – geht einher mit der *Etablierung eines politischen Konflikts* zwischen der realen und gegenwärtigen Organisation sozialer Verhältnisse und einer möglichen anderen „Verteilung der gesellschaftlichen Anteile“, wobei sich *über diesen Konflikt ein neues demokratisches Subjekt erst konstituiert*. Dieses Subjekt steht für eine mögliche andere Realisierung der demokratischen Idee ein und artikuliert gleichsam diese Idee. Diese singulären Subjekte konstituieren sich über ihre demokratischen – und die sozialen Verhältnisse demokratisierenden – Praktiken und der Mobilisierung des „demokratischen Versprechens“ (Derrida 2006). Diese demokratischen, kollektiven Subjekte etablieren eine (auch symbolische) Differenz zwischen einer Gegenwart, die als undemokratisch zurückgewiesen wird, und einer möglichen anderen Zukunft, an deren Realisierung auch praktisch gearbeitet wird. Diese „temporale“ Differenz ermöglicht einerseits das Entstehen dieser Subjekte, andererseits arbeiten diese über ihren Versuch, das erwähnte demokratische Versprechen umzusetzen, letztlich an ihrer Selbstabschaffung: So wie diese demokratischen Prozeduren und ihre Subjekte entstanden sind, können sie genauso wieder verschwinden. Das heißt jetzt aber nicht, dass die demokratischen Praktiken und die möglichen Ergebnisse ihrer Kämpfe verloren gingen – im Sinne eines kurzen Aufflackerns emanzipatorischer Gestik gegenüber fixen Herrschaftsstrukturen. Ganz im Gegenteil können diese demokratisierenden Praktiken sehr wohl institutionalisiert werden und egalitäre Breschen in eine herrschende soziale Konfiguration schlagen (z.B. Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts). Andere, zukünftige demokratische Subjekte können wiederum auf diese sedimentierten Spuren vergangener Kämpfe aufbauen und den davon ausgehenden egalitären Impuls re-artikulieren und universalisieren. In diesem Sinne *spannen sich solch demokratisierenden Prozeduren zwischen der kämpferischen Etablierung einer egalitären Ausgangssituation und den anschließenden Versuchen, diesen neuen demokratischen Möglichkeitsraum zu institutionalisieren, auf*. Der Bruch, den ein demokratisches, singuläres Ereignis benennt, und anschließenden Praktiken der Instituierung dieses egalitären Impulses bilden gleichsam notwendige Momente einer solchen Prozedur.

Bei solch einem begrifflichen Vorschlag für eine Konzeption demokratischer, d.h. demokratisierender Praxis ist es wichtig, von einem einfachen, soziologischen Denken der Politik zuerst einmal Abstand zu nehmen – ohne aber gleichzeitig das Heil in einer erneuerten „politischen Philosophie“ zu suchen. Während *Sozialwissenschaft* meist davon ausgeht, dass politische AkteurInnen und ihre Interessen der „politischen Gesellschaft“ vorgängig seien und Politik in der Aushandlung und Umsetzung dieser Interessen bestünde, kehren Rancière und Mouffe dieses

Verhältnis um: Demokratische Subjekte entstehen erst in und über einen konflikthaften Prozess. Sie werden erst – wie man in Abwandlung von Althusser formulieren könnte - über singuläre Ereignisse entlang von Gleichheit „angerufen“ (vgl. Althusser 2010), d.h. subjektiviert.

Die hier vorgestellte praxistheoretische Konzeption von Demokratie hat dabei vor allem jene kollektiven Tätigkeiten im Blick, die an einer Demokratisierung sozialer Strukturen und deren reproduktiver Voraussetzungen arbeiten. Deshalb ist die eingangs erwähnte Differenz zwischen einem kritikwürdigen Status Quo und einem möglichen, demokratischeren „Anderen“ so zentral: Demokratische Praktiken betonen diese *Differenz* und wollen diese bearbeiten im Sinne einer transformatorischen Verwirklichung. Dies gilt insbesondere angesichts eines postdemokratischen Diskurses, der weitgehend um die Anpassung an so genannte ökonomische Notwendigkeiten kreist und einer herrschenden Politik, die ihre Aktivitäten als nationalstaatliche Adaption von weltwirtschaftlichen Fluktuationen zu legitimieren versucht. Demokratische Praktiken beharren demgegenüber nicht nur auf der Möglichkeit eines angeblich Un-Möglichen (vgl. Žižek 2001), sondern sie affirmieren gleichsam dieses Unmögliche, indem an dessen Etablierung praktisch gearbeitet wird. Natürlich intervenieren diese Praktiken in die symbolische Ordnung und etablieren auch eine erneuerte Form von Öffentlichkeit. Die sozialen Orte, an denen die beschriebenen demokratisierenden Prozeduren auftreten können, halten sich aber nicht an die Dichotomien liberaler Gesellschaftstheorie (Öffentlichkeit vs. Privat; Parteien vs. Zivilgesellschaft), sondern werden überall dort als Arenen demokratisierender Kämpfe eingerichtet, in denen Individuen als Gleiche zusammenkommen und diese Gleichheit für alle einfordern. Egal an welchem gesellschaftlichen Ort dem „demokratischen Versprechen“ politisch Nachdruck gegeben werden soll – immerzu geht es um eine Erarbeitung egalitärer Ausgangssituationen, die aus Sicht der demokratischen AkteurInnen bzw. Subjekte entsprechende Effekte innerhalb sozialer Strukturen und Machtverhältnissen nach sich ziehen sollen.

Allerdings lässt sich der *Ort*, an dem diese demokratischen Prozeduren auftauchen, nicht im Voraus angeben: Dieser lässt sich theoretisch zum einen deshalb nicht festmachen, weil ein wesentliches Merkmal dieser singulären, demokratischen Prozeduren darin besteht, dass sie sich selbst setzen (vgl. Badiou/Tarby 2012: 9ff.). Jedem dieser selbstermächtigenden Prozesse ist ein exzessives Moment inhärent, das es unmöglich macht, im Vorhinein (z.B. wissenschaftlich) festzulegen, wo und wann diese Prozeduren – und damit die politischen Konflikte – entstehen. Das heißt nun aber nicht, dass diese Prozeduren bedingungslos sind in dem Sinne, dass sie abstrahiert von den sozialen Verhältnissen beleuchtet werden könnten. Aber sie lassen sich aus diesen Verhältnissen auch nicht

einfach ableiten. Jedenfalls wird hier deutlich, inwiefern die hier angedeutete Konzeption von demokratisierenden Praktiken bzw. demokratischen Subjektivierungen mit dem aktuellen postdemokratischen Verwalten herrschaftlich strukturierter, sozialer Beziehungen bricht – sowohl auf symbolischer wie auch praktischer Ebene.

Die von Mouffe und Rancière herausgestellte postdemokratische Konsens-Orientierung wird mit der hier angedeuteten Konzeption zurückgewiesen, weil der Konflikt zwischen einem herrschaftlich organisierten sozialen Gefüge und der Einbringung von „egalitärer Kontingenz“ ins Zentrum demokratischer Praxis gerückt wird. Diese Praktiken orientieren sich eben nicht an einem möglichen Kompromiss, sondern weisen zuallererst ein „Unrecht“ (Rancière 2002) nach und etablieren einen Konflikt. Die politischen *Subjekte*, die sich über diese Konflikte konstituieren, sind nun eben keine ethnischen oder „kulturellen“ Selbst-Identitäten – in der Art wie sie das postdemokratische, symbolische Universum in kulturrassistischer Form heimsuchen –, sondern relationale Subjekte, die an den Konflikt und ihre transformatorischen Praktiken geknüpft sind: Indem diese neuen Subjekte Gleichheit ins Zentrum rücken – und hierbei nimmt das hier skizzierte Konzept den Zugang von Crouch, Mouffe und Rancière gerne auf –, impliziert dies auch, dass diese Gleichheit nicht an gemeinschaftlichen, identitären Grenzen halt machen kann, sondern nach Universalisierung zu streben hat. Demokratisierende Praxis muss von der Idee der Gleichheit aller durchzogen sein und diese auch einfordernd umsetzen. In diesem Sinn ist auch die liberale Identifikation von Gleichheit und Identität, die gegen egalitaristische Ansätze oftmals in polemischer Absicht ins Feld geführt wird, um vor einer wie immer gearteten „totalitären“ Bedrohung für den liberalen Pluralismus zu warnen, theoretisch zurückzuweisen.

Indem die hier mit Rancière vorgeschlagene Konzeption von Demokratie sich praxistheoretisch und nicht kommunikativ verortet, lässt sich ein zentraler Unterschied zu jenen deliberativen Demokratiemodellen fixieren, die sich an der Ermöglichung und Durchsetzung des „zwanglosen Zwangs des besseren Arguments“ (vgl. Habermas 1992) orientieren. Eine *praxistheoretische Grundierung* einer Konzeption demokratischer Subjektivierung kann eher zu einem sozialtheoretischen Verständnis von (Macht-)Strukturen in Beziehung gesetzt werden, wobei Gleichheit als jener Operator bzw. jenes Axiom kenntlich gemacht wird, der/das zwischen sozialen Ungleichheitsverhältnissen und der demokratischen Politisierung ebendieser „vermittelt“. Eine liberale Politikvorstellung, die um die Partizipation von Individuen an einer politischen Öffentlichkeit kreist, übersieht in ihrem Fokus auf deliberative Aushandlungsprozesse sehr leicht diese

Machtdimension. Der zentrale Unterschied besteht aber darin, dass – wie mit Rancière formuliert werden kann – es nicht einfach darum geht, eine bisher ausgeschlossene Position an einem festgelegten, politischen Entscheidungsverfahren teilnehmen zu lassen. Vielmehr strebt ein neues demokratisches Subjekt nach Teilhabe, indem auch die bisherige soziale Verteilung der Teile verschoben und rekonfiguriert wird: Demokratische Prozeduren reformieren daher auch die (strukturellen) Bedingungen möglicher Aufteilungen und damit sozialer Reproduktion. Sie etablieren sich selbst, ohne auf die Legitimation eines aufteilenden Zentrums zu warten oder ihre Praktiken danach auszurichten.

In diesem Sinne benennt eine demokratisierende Prozedur den Prozess einer Selbstermächtigung: Mit dem Hinweis auf das nicht erfüllte Versprechen der Demokratie nach egalitärer Teilhabe (vgl. Jörke 2010) mobilisiert eine demokratische Prozedur die Idee egalitärer Selbstgesetzgebung, d.h. das traditionelle Prinzip der Volkssouveränität, um alle oligarchischen Ausformungen realer Gestaltungsprozesse des politischen Feldes zurückweisen zu können. Diese Prozeduren haben deshalb auch eine populäre bzw. „populistische“ Komponente, weil sie das ganze „Volk“ – im relationalen, nicht im identitären Sinne – adressieren, und davon ausgehend jede aristokratische Herrschaft der Wenigen zurückweisen und als illegitim erklären. Während der gemeine Populismus – das, was in der Publizistik und im Alltag meist darunter verstanden wird – eine autoritäre Geste beinhaltet, in der ein Abkömmling der politischen Klasse ausgibt, identisch mit dem „Willen“ eines Volkes zu sein und dieses dadurch an sich zu binden versucht, lehnt der *egalitäre Populismus* autoritäre Repräsentationsformen ab.<sup>5</sup> Zusätzlich vernachlässigt er aber – im Gegensatz zu liberal-technokratischen Entscheidungsprozessen – nicht, dass diese populären Prozeduren immerzu mit Affekten (Enthusiasmus, Begehren, etc.) verknüpft sind; Affekte, die aus deliberativer Sicht eher dysfunktional für die Entwicklung konsensualer Lösungen sind. Gleichzeitig muss eine solch egalitäre Wendung des Populismusbegriffs eine fundamentale Kritik all jener Repräsentationsverfahren beinhalten, in denen selbsternannte VolksvertreterInnen im Namen eines „Volkes“ glauben auftreten zu können und darüber wiederum selbst ein antiegalitäres Verhältnis installieren und „von oben“ instrumentell bespielen.

Dieses hier vor allem in Anlehnung an Rancière skizzierte Konzept von Praktiken demokratischer Subjektivierung würde einige Implikationen für den Ort und die Funktion von politikwissenschaftlicher *Demokratiethorie* beinhalten (vgl. Kap. 3): Ihre Funktion kann nicht darin bestehen, einen endgültigen Begriffskern von Demokratie zu bestimmen oder die demokratisch

---

<sup>5</sup> Für eine progressive Konzeption populärer Politik vgl. Laclau 2005.

Tätigen im paternalistischen Sinne dafür zu rügen, dass sie einem demokratischen Ideal nicht gerecht werden oder den normativen Charakter von Demokratie nicht praktisch entsprechen können. Zu Recht ist eine Position von Wissenschaft, die glaubt sich auf die „Herrengesten“ privilegierter Theoriebildung zurückziehen zu können, völlig diskreditiert. Ihre Funktion könnte aber möglicherweise darin bestehen, die demokratischen Einsätze bzw. die skizzierten demokratisierenden Praktiken und Prozeduren reflexiv zu thematisieren. Die theoretische Praxis tritt daher zeitlich nach der demokratischen Praxis auf: Demokratische Prozeduren, d.h. der konfliktreiche Einsatz für eine Demokratisierung herrschender Ungleichheitsverhältnisse, etablieren erst die Bedingungen dafür, dass theoretisch darüber reflektiert werden kann (vgl. Badiou 2003).

Theoretische Praxis ist deshalb abhängig von politischen Praktiken und verarbeitet theoretisch auch deren mögliches Scheitern. Eine solche Vorstellung von Theoriebildung schreibt sich in die Spuren demokratischer Ereignisse und Impulse ein und bearbeitet deren Fallstricke wie Widersprüche – ohne die Normativität der demokratischen Idee zu verleugnen.

## Literatur

- Althusser, L. (2010): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg: VSA.
- Althusser, L. (2011): *Für Marx*, Berlin: Suhrkamp.
- APuZ (2011): *Postdemokratie?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11(1).
- Badiou, A. (2002): *Paulus. Die Begründung des Universalismus*, München: sequenzia.
- Badiou, A. (2003): *Über Metapolitik*, Zürich/Berlin: diaphanes.
- Badiou, A./Tarby, F. (2012): *Die Philosophie und das Ereignis. Mit einer kurzen Einführung in die Philosophie Alain Badiou's*, Wien: turia&kant.
- Beckett, S. (1992): *Nohow On*, London: Calder.
- Bonacker, T. (2006): *Die politische Theorie der Dekonstruktion: Jacques Derrida*, in: Brodacz, A./Schaal, G.S. (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart II.*, 2. Aufl., Opladen: Budrich, S.189-220.
- Buchstein, H./Jörke, D. (2003): *Das Unbehagen an der Demokratietheorie*, in: *Leviathan*, 31. Band, H.4, S. 470-495.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Demirović, A./Sablowski, T. (2011): *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, in: *PROKLA* 42(1), S.77-106.
- Derrida, J. (2006): *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin: Merve.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hirsch, J. (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg: VSA.
- Jessop, B. (2007): *Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften*, Hamburg: Argument.
- Jörke, D. (2005): *Auf dem Weg zur Postdemokratie*, in: *Leviathan* 32(4), S.482-491.
- Jörke, D. (2010): *Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation*, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 20(3-4), S.269-290.
- Klinger, C./Knapp, G.-A./Sauer, B. (Hrsg.) (2007): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt a.M.: Campus.

- Laclau, E. (2005): *On Populist Reason*, London: Verso.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2000): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen.
- Lehner, D. (2012): *Freiheit, Gleichheit - und Ereignis? Zur Kritik und Vertiefung "radikaler Demokratietheorien"*, in: *MomentumQuarterly* 1(2), S.102-121.
- Lorey, I./Kastner, J./Waibel, T./Raunig, G (Hg.) (2012): *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien: turia&kant.
- Mouffe, C. (1993): *The return of the political*, London: Verso.
- Mouffe, C. (2005): *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*, Wien: turia&kant.
- Mouffe, C. (2007): *Über das Politische*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2008): *Das demokratische Paradox*: Wien: turia&kant.
- Mouffe, C. (2011): *Postdemokratie" und die zunehmende Entpolitisierung*, in: *APuZ* (1-2), S.3-5.
- Münkler, H. (2012): *Die Verdrossenen und die Empörten. Steht die Demokratie am Scheideweg?*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/uebersicht/die-verdrossenen-und-die-empoerten-1.16611315> (Stand:20.6.2012).
- Oberndorfer, L. (2012): *Hegemoniekrise in Europa - Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?*, in: *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (Hrsg.): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.50-72.
- Offe, C. (Hrsg.)(2003): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Offe, C. (2003): *Einleitung: Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie*, in: ders. (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt a.M.: Campus, S.9-24.
- Pickel, S./Pickel, G. (Hrsg.) (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Rancière, J. (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, J. (2006): *Hatred of democracy*, London: Verso.
- Rancière, J. (2008): *Zehn Thesen zur Politik*, Zürich/Berlin: diaphanes.
- Rancière, J. (2010): *Demokratie und Postdemokratie*, in: Badiou, A./ders., *Politik der Wahrheit*. Wien: turia&kant, S.119-156.

Rancière, J. (2011): *Moments politiques. Interventionen 1977-2009*, Zürich/Berlin: diaphanes.

Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H. (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Wöhl, S. (2012): „Occupy Wall Street“ – Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation, in: de Nève, D./Olteanu, T. (Hrsg.), *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: Budrich, (i.E.).

Žižek, S. (2001): *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Žižek, S. (2009): *Auf verlorenem Posten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

*Bereits in der Working Paper Serie erschienen*

---

**Gesammelte Beiträge zur Tagung „Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa im Vergleich 1967 bis in die Gegenwart“**

- Nr. 1. | **Walsch, Dr. Christopher** (2012): *Ohne Bodenhaftung. Ungarns Mühen mit der Marktwirtschaft seit dem politischen Wandel 1990*
- Nr. 2. | **Müller, Fruzsina** (2012): *Die sozialistische Jeans Ungarns. Zur Geschichte eines staatlich geförderten Markenprodukts nach westlichem Muster*
- Nr. 3. | **Karbin, Ákos** (2012): *Die Währungsreformen des Deutschen Reichs 1871-1873 und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914 im Vergleich*
- Nr. 4. | **Vašíček, Martin** (2012): *Eine empirische Studie zu Mittelschulbildung und Sozialstruktur in der ersten Tschechoslowakischen Republik. Die Städte Znojmo (Znaim), Jihlava (Iglau) und Břeclav (Lundenburg)*
- Nr. 5. | **Strobl, Philipp** (2012): *Zwischen Not und Elend – Die Innsbrucker Wirtschaft im Ersten Weltkrieg*

---

**Gesammelte Beiträge zum Doktorandenworkshop „Krise der Demokratie“**

- Nr. 13 | **Gyöngy, Antonela** (2013): *Filmische Erinnerung und der rumänische Nationalkommunismus*
- Nr. 14. | **Stoenescu, Dr. Roxana Alice** (2013): *Das flexible Arbeitssystem Europas und die Legitimitätskrise der Demokratie*
- Nr. 15. | **Traupe, Dorothea** (2013): *How to deal with fallen soldiers? Commemoration of Soldiers in Germany and Poland*
- Nr. 16. | **Odzuck, Eva** (2013): *Die Selbstgefährdung der liberalen Demokratie in der Biopolitik. Plädoyer für eine doppelte Ergänzung demokratiethoretischer Krisendiagnosen*
- Nr. 21. | **Lehner, Daniel** (2013): *Egalitäre Ausgangssituationen schaffen – zur Demokratisierung „postdemokratischer“ Zustände*

---

**Einzelne Beiträge**

- Nr. 6. | **Dác, Dr. Enikő** (2013): *Auf der Spur interethnischer Beziehungen in drei siebenbürgischen Zeitungen am Anfang des 20. Jahrhunderts*
- Nr. 7. | **Brauneder, Prof. Dr. Wilhelm** (2013): *Die Übersetzungen von Gesetzen in der Habsburgmonarchie*
- Nr. 8. | **Csingár, Péter** (2013): *Die Lage der Jobbik im ungarischen Verfassungsstaat – eine politikwissenschaftliche und juristische Untersuchung –*
- Nr. 9. | **Annamária Molnár** (2013): *Ungarndeutsche Frauen während und nach dem II. Weltkrieg – Erlebnisse, Erfahrungen, Erinnerungen*
- Nr. 10. | **Brauneder, Prof. Dr. Wilhelm** (2013): *Übersetzungsprobleme anhand lateinischer und italienischer ABGB – Übertragungen*
- Nr. 11. | **Hettyey, Dr. András** (2013): *Ungarns Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Westbalkan*
- Nr. 12. | **Hettyey, Dr. András** (2013): *Die Dreiteilung Europas – Eine empirische Untersuchung der Unterstützung für die EU-Erweiterungspolitik*
- Nr. 17. | **Schnellbach, Dr. Christoph** (2013): *Differenzierte Integration in der EU am Beispiel der Minderheitenpolitik*
- Nr. 18. | **Brauneder, Prof. Dr. Wilhelm** (2013): *Transferbedingung Verschriftlichung*
- Nr. 19. | **Brauneder, Prof. Dr. Wilhelm** (2013): *Transferbedingung Übertragung oder Übersetzung*

Mag. Daniel Lehner, M.A.: *Egalitäre Ausgangssituationen schaffen – zur Demokratisierung „postdemokratischer“ Zustände*



Nr. 20. | **Nótári, Dr. habil. Tamás** (2013): *Remarks on the contractual provisions of Lex Baiuvariorum*

**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

---

**Kopien können bestellt werden bei:**

Universitätsbibliothek  
Andrássy Universität Budapest  
PF 1422  
1464 Budapest  
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.